



13. GRÜNES BLATT | 2021

# GRÜNES BLATT

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **BRÜGGEN**

## GRUSSWORT

### Liebe Mitbürgerin, lieber Mitbürger!

Haben Sie noch eine Erinnerung an die Zeit, als die Nachrichtensendungen nicht mit Covid 19 aufgemacht wurden? Heute, 20 Monate später, kann man den Eindruck erhalten, außer der Coronapandemie würde diese Welt keine anderen Sorgen mehr kennen. Wäre dem so, wir befänden uns auf der Insel der Glückseligen. Dem ist aber nicht so! Der Klimawandel z. B. lässt sich von einem Virus nicht aufhalten. Umweltschutz ist ein Dauerthema, das auch in Verbindung mit den Klimaveränderungen ein immerwährendes Handlungsfeld bleiben wird. Hinzu kommen die sozialen Probleme, die den Solidaritätsgedanken in unserer Gesellschaft zunehmend bedrohen. Mit Solidarität, die wir dringend brauchen, wollen wir den ökologischen Herausforderungen erfolgreich begegnen.

Welche Veränderungen erwarten uns in Beruf und Alltag? Wie tief greift die fortschreitende Digitalisierung in unser Leben ein und verändert es? Dem Einen geht alles zu langsam, dem Anderen zu schnell und dem Dritten macht es einfach nur Angst. Nur gemeinsam werden wir die notwendige ökonomische Transformation meistern. Dafür müssen wir Voraussetzungen schaffen. Der Starke

muss den Schwachen schützen, damit wir gemeinsam in einer lebenswerten Welt weiterleben können.

Deutschland ist in der Europäischen Gemeinschaft fest verankert, einem Garant für Frieden und Wohlstand. Nicht jedem gefällt das. Nationale, am äußersten rechten Rand unserer Parteilandschaft aufgestellte Gruppierungen, wollen uns aus diesem sicheren Hafen einer gemeinsamen Werteordnung mit unseren Nachbarn herauslocken. Sie schüren Ängste, grenzen Menschen anderer Hautfarbe, anderer Kulturkreise, anderer Religionen zum Teil mit hanebüchenen Argumenten aus oder negieren ganz einfach gesellschaftliche Strömungen. Wie wollen wir dem begegnen?

Wie umgehen mit den unverhohlenen vortragenen Machtansprüchen Chinas, der aggressiven Politik Putins oder dem neu zuordnenden Verhältnis zu den USA der Nach-Trump-Ära?

Welcher Partei trauen Sie es am ehesten zu, auf all diese Herausforderungen Antworten zu finden? Zukunft wird aus Mut gemacht! Machen Sie sich die Mühe, schauen Sie in die Wahlprogramme der Parteien und vergleichen Sie. Wir sind uns sicher, im Programm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN finden sie überzeugende Antworten. Anstelle von Klientel- und Gefälligkeitspolitik müssen nun

Solidarität, Sachpolitik und Transparenz Einzug in die Parlamente halten. Unser Anspruch: gestalten, statt verwalten!

### Mit besten Grüßen

**Gaby Tröger**  
**Ulrich Deppen**  
**Ortsverband Brüggen**

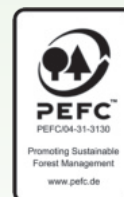


### Impressum

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN  
Ortsverband Brüggen  
Ulrich Deppen  
von-Schaesberg-Weg 27  
41379 Brüggen

Verantwortlich:  
Gaby Tröger  
Ulrich Deppen  
Vorsitzende des Ortsverbandes

[www.gruenebrueggen.de](http://www.gruenebrueggen.de)  
[www.facebook.com/gruene.bbb](https://www.facebook.com/gruene.bbb)  
email: [ortsverband@gruenebrueggen.de](mailto:ortsverband@gruenebrueggen.de)



Erinnern Sie sich noch an das Coronajahr 2020, freitags auf dem Wochenmarkt in Brüggen? Wochenlang sammelte der Ortsverein B90/Grüne Brüggen von den Marktbesucher\*innen Unterschriften, um den 50 Jahre alten, gesunden Silberhorn, einen Klimabaum, zu retten. In kürzester Zeit kamen weit über 500 Unterschriften zusammen, die unsere Vorsitzenden dem Bürgermeister überreichten.



## Brüggen for future - es lebe der Silberhorn

Warum sollte der Baum gefällt werden? War der Baum krank? Stand er der Barrierefreiheit im Wege? Nein. Warum also dann? Er sollte der Planung der Neugestaltung des Kreuzherrenplatzes zum Opfer fallen, aus ästhetischen Gründen, weil man das eben in der klimaaktiven Burggemeinde Brüggen in Zeiten des Klimawandels so macht.

Aber Ihre Unterschriften haben es bewirkt, dass ein Bürgerbegehren gestartet wurde und eine getroffene Entscheidung zur Fällung dadurch in den Rat und den Ausschuss zurückgeholt wurde. Jetzt gibt es eine zweite Alternative zur Umgestaltung des Kreuzherrenplatzes mit Silberhorn. Wird sich jetzt diese Variante durchsetzen?

Das ist leider noch nicht sicher. Die Haltung der CDU-Fraktion ist nicht erkennbar. Da passt es ins Bild, wenn der Bürgermeister vorschlägt, zu prüfen, ob der Baum für geschätzte 50.000 € Mehrkosten umgepflanzt werden kann. Baumexperten quittieren den Vorschlag unisono nur mit einem Kopfschütteln und der Laie erinnert sich an die Binsenweisheit, dass man alte Bäume nicht verpflanzt. Was wir als Metapher heute noch gerne verwenden, wenn alte Menschen aus ihrem Jahrzehnte gewachsenem sozialen Umfeld gerissen werden, hat ebenda ihren Ursprung. Wir werden weiter für den Erhalt des Ahorns kämpfen - und zwar an seinem heutigen Standort, den er seit ca.50 Jahren inne hat!

## Kultur ist Miteinander

Unsere kulturellen Institutionen vom Museum über Disco und Theater bis zu Kino – das gesamte kulturelle Leben stand still. Die aktuelle Situation macht uns auf schmerzliche Weise deutlich, dass Kultur kein dekorativer Luxus ist, den man sich nur in guten Zeiten gönnt, sondern dass sie elementarer Bestandteil unseres Zusammenlebens und unseres Menschseins ist. Auf sie verzichten zu müssen ist ein großer Verlust. Denn gerade auch in kritischen Zeiten brauchen wir den schöpferischen Mut und den kritischen Blick unserer Künstler, um Krisen zu bewältigen. Kunst und Kultur können ein wesentliches Element der mentalen Auseinandersetzung und emotionalen Verarbeitung sein. Selbst der vorüber-

gehende Verzicht fiel uns schwer, erst recht, da er für die meisten Menschen mit einem hohen Grad an menschlicher Isolation einherging. Die Kultur ist auch kreativ: Zahlreiche Künstlerinnen und Künstler, auch hier bei uns in Brüggen, haben z.B. originelle digitale Alternativen entwickelt. Hier entstehen quasi aus der Not heraus neue Formate. Diese und auch alle neuen und alten Formate von Kultur gilt es nun zu unterstützen. Unser Dank geht an alle, die Menschen im eigenen Wohnzimmer ein wenig Freude und Genuss

geschenkt haben und schenken. Jetzt müssen wir zeigen, wie außerordentlich wichtig uns der Erhalt unserer großartigen Kulturlandschaft ist: Für die Künstler\*innen, für uns, für unsere Kultur, für Humanität, für unsere Heimat.



# Interview mit unserem Bundestagskandidaten Rene Heesen

Geführt von Gaby Tröger (Ortverband Brüggem) und Bernhard Fleischer (Ortsverband Willich)



Rene, bereits seit vielen Jahren gestaltest du grüne Politik im Kreis Viersen und NRW. Nun trittst du bei der kommenden Bundestagswahl an, um die Interessen des Kreises Viersen auch in Berlin zu vertreten. Die zukunftsfeste Stärkung und der nachhaltige Ausbau der heimischen Infrastruktur liegen dir dabei besonders am Herzen.

## Rene, was waren aus deiner Sicht die wichtigsten politischen oder gesellschaftlichen Ereignisse der jüngeren Vergangenheit?

Neben der aktuell immer noch andauernden Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie sicherlich das wegweisende Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz. Dieses Urteil macht klar: Die Bundespolitik muss endlich handeln und darf sich nicht mehr nach hinten lehnen und weiter nichts tun. Aber nicht nur das Bundesverfassungsgericht ist da ja weiter als die schwarz-rote Bundesregierung. Wir GRÜNE haben es geschafft, dass Klimapolitik kein Randthema mehr ist, sondern unsere Themen in die Mitte der Gesellschaft zu tragen und uns für Umweltschutz, Vielfalt und Selbstbestimmung stark zu machen. Das zeigt auch der breite Zuspruch, den wir für unsere Forderungen erfahren, bspw. auch von Gewerkschaften, Kirchen und sogar Wirtschaftsverbänden.

## Welche Akzente für den Kreis möchtest du im Bundestag setzen?

Ich kämpfe dafür, dass die ländlichen Regionen, also die Städte und Gemeinden in unserem Kreis, endlich dieselbe Aufmerksamkeit in Berlin bekommen wie die Großstädte für sich reklamieren. Es kann doch zum Beispiel nicht sein, dass massiv Geld in großstädtische Infrastruktur gepumpt wird und die kleineren Gemeinden mehr oder weniger leer ausgehen. Denn auch heute noch wohnen die meisten Menschen in Deutschland nicht

in Großstädten, sondern auf dem Land. Diese haben meiner Meinung nach auch ein Recht auf gleichberechtigte Teilhabe und Investitionen in ihre Heimat. Daher brauchen wir zum Beispiel eine Förderoffensive zum Erhalt und Ausbau der Infrastruktur im ländlichen Raum. Wenn wir uns für nachfolgende Generationen zukunftsfest aufstellen wollen, dann muss es bspw. auch bei uns möglich sein, für alltägliche Wege das Auto stehen zu lassen und auf einen gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr auszuweichen.

## Mit welchen Fachthemen trittst du an?

Nachhaltige Wirtschaftspolitik und Kommunal Finanzen sind sicher meine Kernthemen.

Effektiver Klimaschutz und zukünftiger Wohlstand sind nur mit einem nachhaltigen Umbau unserer Wirtschaft zu machen. Denn nur mit Grünen Ideen und grünem Wirtschaften wird man in Zukunft noch schwarze Zahlen schreiben können. So soll es endlich ermöglicht werden, dass sowohl die vielen kleinen und mittleren Unternehmen als auch die großen Konzerne zukunftsweisende Projekte verwirklichen können. Bislang bremst die Bundesregierung die für unser High-Tech-Land so wichtige Innovationskraft massiv aus. Das zeigt sich nicht zuletzt durch das zögerliche Handeln bei der Förderung der klimaneutralen Stahlerzeugung, die für uns in NRW so wichtig ist, um tausende von Arbeitsplätzen allein in dieser Branche zu sichern.

Als langjähriger Kommunalpolitiker weiß ich außerdem, wie wichtig eine vernünftige Finanzausstattung unserer Kommunen ist. Denn das gesellschaftliche Leben findet in unseren Städten und Gemeinden, in den Quartieren und auf den Dörfern statt. Wenn die öffentliche Hand vor Ort an einer Stelle Einsparungen vornehmen muss, dann merken wir

alle es direkt in unserem Alltag.

Aus diesem Grund ist es mir auch wichtig, weiterhin ständig im Kreis unterwegs zu sein und mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu treten. Dieses ehrliche Feedback zu den Bedürfnissen vor Ort bekommt man nicht in irgendeinem Büro in Berlin, sondern auf den Straßen und Plätzen, den Cafés, Kneipen und Kultureinrichtungen und überall da, wo sich das tägliche Leben der Menschen eben abspielt. Ich möchte nicht nur Abgeordneter aus, sondern für den Kreis Viersen sein.

## Wenn die Menschen im Kreis Viersen spezielle Fragen an Dich haben, wie können Sie Dich erreichen?

Mich findet man auf Facebook, Instagram und Twitter. Erstmals werden wir in diesem Wahlkampf auch eine WhatsApp-Nummer haben, über die man mit mir in Kontakt treten kann, da hier die Hürden für viele Menschen aufgrund der großen Verbreitung sehr gering sind. Natürlich habe ich auch eine Website und bin per E-Mail zu erreichen.

## Rene, vielen Dank. Wir wünschen Dir und Deinen Themen viel Erfolg.

 @rene.heesen  
 @rene.heesen  
 @reneheesen  
 01522 - 209 18 03  
 kontakt@rene-heesen.de  
 rene-heesen.de



Für Jugendliche stellt die Gruppe der Gleichaltrigen neben der Familie und den öffentlichen Bildungsinstitutionen (Kindertagesstätte, Schule und Jugendhilfe) eine zentrale Bedingung für ein gelingendes Aufwachsen dar. Durch die Einschränkung der Kontakte führt die Pandemie zu einer Behinderung jugendspezifischer Entwicklung. Die mit den Kontakten einhergehenden Erfahrungen lassen sich weder durch digitale Alternativenangebote auffangen noch irgendwann nachholen. Statt unser Auge auf die Jugend zu richten, mit ihnen ins Gespräch zu kommen und ihnen den Weg durch die Pandemie entwicklungsgerecht zu erleichtern, wird bei uns auf allen Kanälen auf die Jugend geschimpft und Verbote und Kontrollen eingeführt. Für die Jugend entsteht das Gefühl: **Ich bin nicht erwünscht!** (z.B. an der Burg, am Venekotensee, am Dahmensee)

Aber wo sollen sie denn noch hin? Die Auswirkungen der Coronakrise verdienen mehr Aufmerksamkeit. Kinder und Jugendliche sind von Krisenauswirkungen wesentlich stärker betroffen. Die aktuellen Debatten über notwendige Maßnahmen in Brüggen werden in unseren Augen nahezu vollständig aus der Perspektive von Erwachsenen geführt. Gründe und das Befinden der jungen Menschen finden kaum Berücksichtigung bei der Entscheidungsfindung. Deshalb benötigen Kinder und Jugendliche besonders jetzt mehr verlässliche Ansprechpartner\*innen innerhalb und außerhalb der Familien und mehr Corona-konforme Angebote und vor allem ihre Freunde und ihre sozialen Kontakte. Wir fordern darum, wie es die Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland vorgibt, **bei allen zukünftigen**

## Wo soll die Jugend denn noch hin? Angebote statt Verbote

**gen Entscheidungen, die Auswirkungen und Folgen für Kinder und Jugendliche zu reflektieren und gleichberechtigt bei politischen Entscheidungen zu berücksichtigen!**

## Jugendliche wollen gehört werden

Kinder und Jugendliche sind sehr gut in der Lage, sich im Diskurs um die besten Lösungen mit ihren Vorstellungen einzubringen und sie zu begründen. Sie brauchen keine Verbote und noch mehr Ausgrenzung, sondern offene Ohren, gemeinsame Lösungswege und Integration. Wir müssen Kinder und Jugendliche selbst regelmäßig und repräsentativ befragen, was für sie heute zum Aufwachsen dazugehört. Solche Daten fehlen bislang als Grundlage für eine Politik, die Kindern und Jugendlichen gerecht wird. Wir brauchen in Brüggen eine Bedarfserhebung mit und für Kinder und Jugendliche. Notwendig ist dafür eine

Datenlage, die Transparenz über die Bedürfnisse und Interessen schafft. Eine solche Bedarfserhebung löst zunächst einmal das Recht von Kindern und Jugendlichen ein, gehört und in Entscheidungen, die sie betreffen, einbezogen zu werden. Sie erkennt an, dass Kinder und Jugendliche selbst Expertinnen und Experten ihres Lebens sind und in bestimmten Bereichen nur sie darüber Auskunft geben können, was sie brauchen. Darum sollten sie bei der Entwicklung einer solchen Erhebung von Anfang an einbezogen werden, damit auch die richtigen Fragen gestellt werden. Erst unterschiedliche Daten

von Kindern, Jugendlichen, Eltern und anderen Erwachsenen sowie aus wissenschaftlichen Erkenntnissen erfassen die gesamte Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. Erst sie bilden so eine verbindliche Grundlage für kommunalpolitische Entscheidungen.

**Wir bitten aber auch alle Kinder und Jugendlichen aktiv zu werden. Gebt eure Gedanken und Ideen weiter. Direkt an unseren Bürgermeister und unsere Verwaltung oder schreibt uns bei Facebook oder Instagram. Ihr findet uns unter „die Grünen Brüggen“. Wir freuen uns aber auch, wenn wir euch freitags von 14.00 ist 17.00 Uhr persönlich auf dem Nikolausplatz sehen. Für ein persönliches Gespräch haben wir immer offene Ohren.**



Grüne Brüggen



gruene\_brueggen



# Mobilitätswende schaffen, gemeinsam und für alle!

Arndt Klocke Mdl

Es muss sich einiges ändern in Sachen Mobilität. Allein 20% der klimaschädlichen Gase werden im Verkehrsbereich ausgestoßen, der Sektor ist hierlands der einzige Bereich, in dem es im Vergleich zu 1990 sogar noch Zuwächse beim Ausstoß gibt. In den Städten ist die Schadstoffbelastung hoch, auf dem Land kommt man ohne eigenes Auto oft nicht weit. Wir GRÜNE arbeiten an vielen Stellen für eine Mobilitätswende und eine Entwicklung hin zu modernen, nachhaltigen Mobilitätskonzepten.

Rund zwei Drittel von NRW sind ländlich geprägte Räume. Hier sind viele Menschen noch auf den eigenen PKW angewiesen und gerade deshalb gilt es attraktive Alternativen anzubieten. Dies ist auch eine soziale Frage, denn auch außerhalb der Städte haben nicht alle Menschen Zugriff auf ein Auto oder einen Führerschein. Beim GRÜNEN Landesparteitag im Februar wurde das Thema breit diskutiert. Klar ist: Der öffentliche Nahverkehr im ländlichen Raum muss ausgebaut werden. Dazu gehören Schnellbuslinien zwischen ländlichen Zentren und Stärkung der Bahnachsen in Ballungszentren. Aber auch eine Verknüpfung des klassischen Angebots von Bus und Bahn, mit flexiblen, vernetzten Alternativen wie Radverkehr, Ride- und Carsharing, Bürgerbussen und Park and Ride.

Sicherlich wird das Auto auch in Zukunft ein Teil des Mobilitätsmix sein. Aber ohne Verbrennungsmotor, autonom fahrend und einfach zu teilen. Dabei spielt auch die Digitalisierung eine zentrale Rolle. Für eine gelungene Mobilitätswende ist das Zusammenwirken der verschiedenen Verkehrsträger entscheidend, so dass klimafreundliche Mobilität

im ganzen Land möglich ist. Auch dort wo es keine Schiene gibt, kann und muss der ÖPNV eine Alternative bieten, zum Beispiel durch nutzungsfreundliche On-Demand-Verkehre oder intelligente Mitfahr- und Sharing-Lösungen.

Um das Thema „Mobilität und Car Sharing im ländlichen Raum“ ging es auch im Mai, als ich spannende Gäste für eine Online-Veranstaltung gewinnen konnte. Dr. Lisa Ruhrort vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hat Ergebnisse Ihrer Forschung anschaulich dargelegt. Elisabeth Rohata von Cambio-CarSharing erklärte wirtschaftliche Aspekte für Anbieter im ländlichen Raum. Norbert Czerwinski, Vorsitzender Grüne im VRR, gab uns einen Einblick in die Pläne des Verkehrsverbundes und die Initiative „Dorf E-Auto-Hilchenbach“ teilte Erfahrungsberichte aus erster Hand. Ein bereichernder Austausch bei dem viele Facetten dieses wichtigen Themas beleuchtet wurden. Eine Aufzeichnung ist auf meiner Homepage zu finden.

Weil Klimaschutz und Mobilitätswende nicht am Personalmangel scheitern darf, brauchen wir für unsere Behörden, Kommunalverwaltungen, Bezirksregierungen und bei Straßen NRW mehr und gut qualifiziertes Personal. Wir fordern deshalb attraktive Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen für Planer:innen, um innovative Projekte für die Mobilitätswende umsetzen zu können. Einen entsprechenden Antrag hierzu haben wir in den Landtag eingebracht, ebenso einen GRÜNEN Entwurf für ein richtungsweisendes NRW-Radverkehrsgesetz.

Deutlich wird in allen Bereichen, dass wir ein generelles Umdenken hin zu Optionsvielfalt und passenden Lösungen

für Stadt, Land und Übergangsräume brauchen. GRÜNE sind für die notwendigen Transformationsprozesse in Bund, Land und Kommunen programmatisch wie keine zweite Partei gerüstet. Wir werben bei den anstehenden Wahlen deshalb auch darum, bessere Mobilität gestalten zu können.



## Lebenslauf:

Arndt Klocke Mdl  
Arndt Klocke ist 50 Jahre alt und gebürtiger Ostwestfale, lebt seit vielen Jahren in Köln. Von 2017-2020 war er Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN im NRW-Landtag, 2006-2010 Landesvorsitzender seiner Partei. Seit 2010 Abgeordneter im NRW-Landtag, aktuell Stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Sprecher für Bauen, Wohnen und Verkehr. Von 2012 bis 2017 war Arndt Klocke zusätzlich Ausschussvorsitzender für Innovation, Wissenschaft und Forschung.

GRÜNE stehen für eine bunte Gesellschaft ein. Queere Themen gehören zum Kern unseres bürgerrechtlichen Selbstverständnisses. Verschieden und doch gleichberechtigt! Wir setzen uns für die Emanzipation und Gleichberechtigung von allen Menschen ein. Wir diskutieren und unterstützen neue Ansätze gegen Diskriminierung und für Akzeptanz. Bei uns sind alle Menschen willkommen, die an queeren Themen mitarbeiten möchten. Wir würden uns freuen, dies auch mit dir zu tun.

Schreibe uns bei Instagram „gruene\_brueggen“ und Facebook „Grüne Brüggen“, oder komme uns freitags von 14.00 Uhr - 17.00 Uhr auf dem Nikolausplatz besuchen. Wir freuen uns auf ein Quätschchen mit dir!



# Burggemeinde

ganz schön queer



## Frauen und Männer im Deutschen Bundestag

	Frauen	Männer	gesamt
CDU/CSU	51 = 21%	195	246
SPD	67 = 44%	85	152
AfD	9 = 10%	79	88
FDP	19 = 23%	61	80
Die Linke	37 = 54%	32	69
<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	<b>38 = 57%</b>	<b>29</b>	<b>67</b>
fraktionslos	2	5	7
<b>Bundestag gesamt</b>	<b>223</b>	<b>486</b>	<b>709</b>

Der Frauenanteil beträgt 31,4% (2013: 37,3 %)

Quelle: Kürschner Volkshandbuch Stand Januar 2021

aus: [https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/mdb\\_zahlen\\_19/frauen\\_maenner-529508](https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/mdb_zahlen_19/frauen_maenner-529508)

## Frauen und Männer im Rat der Burggemeinde Brüggen

	Frauen	Männer	Gesamt
CDU	1	14	15
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	<b>4</b>	<b>2</b>	<b>6</b>
SPD	1	4	5
UBW	keine	4	4
Wir für Brüggen	keine	3	3
FDP	keine	2	2
<b>Brüggener Rat gesamt</b>	<b>6</b>	<b>29</b>	<b>35</b>

Der Frauenanteil beträgt 17,1 %

Quelle: Ratsinformationssystem Brüggen Stand Mai 2021

Bündnis90/Die Grünen sind die einzige Partei mit einem Frauenstatut. Bei Wahlen bis in die unterste kommunale Ebene werden Frauen und Männer im Reißverschlussverfahren aufgestellt. Das sichert durchgängig die Parität von Frauen und Männern in unserer Partei.

# Zwischen Ordnungsrecht und Freiwilligkeit: Trinkwasserschutz mit der Landwirtschaft



So titelte eine Online Veranstaltung des Netzwerks ländlicher Raum im vergangenen Coronajahr. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit dem Deutschen Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) statt. Hier heißt es:

Die Trinkwasserqualität in Deutschland ist sehr gut, dennoch müssen viele Trinkwasserversorger einen hohen Aufwand betreiben, um diese Qualität sicherzustellen. Viele Wasserversorger arbeiten seit langem mit den Landwirten in ihren Einzugsgebieten zusammen, um Nähr- und Schadstoffbelastungen der Gewässer zu vermeiden. Um das zu erreichen wird beispielsweise eine zusätzliche Gewässerschutzberatung angeboten, gewässerschonende Bewirtschaftungspraktiken - wie der Ökolandbau - finanziell unterstützt und durch reduzierte Düngung und Pflanzenschutzmittel entstandene Ernteverluste ausgeglichen.

Die Kooperation mit den Landwirten ist freiwillig und die Möglichkeiten zum wirtschaftlichen Ausgleich sind begrenzt. Der Aufwand, die Trinkwasserqualität herzustellen, ist besonders in den Westkreisen von NRW und speziell in Brüggen sehr hoch. Es geht um die zu hohen Nitrateinträge im Rohwasser und in deren Folge um den Anstieg von Schwermetallen wie Nickel im Trinkwasser unter besonders ungünstigen Umständen. Ungünstige Umstände liegen vor, wenn durch die Intensivlandwirtschaft vermehrt Nitrat durch Düngung in den Boden eingebracht wird, das in tieferen Schichten durch seinen Abbau dafür sorgt, dass Nickel in größerer Menge ausgeschwemmt wird, sofern Nickel im Boden vorhanden ist. Das alles ist kompliziert. Die Ursachen

sind erforscht, die Zusammenhänge werden in der Wasserwirtschaft und Politik seit 20 Jahren diskutiert, sowohl für den Nitratanstieg, als auch für den Nickelanstieg.

Wissenschaftler der in Aachen angesiedelten AHU haben am 28.08.2018 im Auftrag des Kreises Viersen die erste Nitratstudie erstellt. Unser Kreistag nahm fraktionsübergreifend diese Nitratstudie zum Anlass, sich in einem 5-Punkte-Plan an NRW Ministerin Ursula Heinen-Esser zu wenden.

Das Problem des Nickelanstiegs im Trinkwasser gibt es nur in wenigen Kommunen. Brüggen gehört dazu. Experte auf diesem Gebiet ist Dr. Nils Cremer vom Erftverband, Mitautor der Nickelstudie der Ruhr-Uni-Bochum. Wir haben in den vorangegangenen Ausgaben des Grünen Blatts darüber berichtet. Die Dateien stehen zum Download auf unserer Homepage bereit.

Was tun?

Unser Wasser wird durch aufwändige teure Verfahren „gereinigt“, neue Brunnen müssen gebohrt werden, das Wasser wird „verschnitten“. Ingenieurbüros beraten Landwirte gewässerschutzorientiert bei Düngungsplanung, Fruchtfolgegestaltung und der Vermittlung von Maßnahmen. Beklagt wird die Bürokratie, die die Möglichkeit auf individuelle Voraussetzungen zu reagieren, begrenzt. Die Landwirtschaftskammer NRW hat im Jahr 2019 die Rekordstrafe von 1,35 Mio. Euro gegen einen Güllemakler verhängt, weil dieser illegal große Mengen Gülle angenommen und im Land verteilt hat. Die neue Düngverordnung gilt in Gebieten mit besonders hoher Nitratbelastung seit dem 01. Januar 2021. Brüggen gehört dazu. Die Stickstoffdüngung, die für den Nitratanstieg und in Folge für den

Nickelanstieg verantwortlich ist, muss hier 20% unter dem durchschnittlich errechneten Düngbedarf liegen. Das stellt landwirtschaftliche Betriebe vor große Herausforderungen, die nur durch gesamtdeutsche und europäische Konzepte gemeistert werden können.

Hierzu haben wir GRÜNEN klare Vorstellungen, die wir auch im Wahlprogramm so festgehalten haben:

Wir stärken Bäuer\*innen, Tiere und Natur und machen Landwirtschaft fit für die Zukunft. Wir wollen Umwelt-, Tier-, Klima- und Gewässerschutz und landwirtschaftliche Erzeugung miteinander versöhnen. Das begreifen wir als Aufgabe für die nächsten Jahre. Das geht nur mit dem Verständnis von Natur, das sich an Kreisläufen orientiert und sich dem Ressourcenschutz verpflichtet. Das bedeutet fruchtbare Böden, sauberes Wasser und intakte Ökosysteme und faire Bezahlung von Landwirt\*innen. Den Ökolandbau wollen wir umfangreich fördern und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass künftig immer mehr Bäuer\*innen und Lebensmittelhersteller umstellen. Monokulturen und chemische Dünger führen auch im globalen Süden zu erheblichen Schäden für Gesundheit und Umwelt, während Kleinbauern durch europäische Dumpingexporte, patentiertes Saatgut und Landraub weiter in die Abhängigkeit getrieben werden. Das Recht auf Nahrung muss garantiert sein, kleinbäuerliche Strukturen gestärkt werden.



# Klimaschutz sozial gerecht

Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Preis direkt an die Bürger\*innen zurückgeben. Dazu streben wir neben der Senkung der EEG-Umlage ein Energiegeld an, das jede\*r Bürger\*in erhält. Über das Energiegeld geben wir alle zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Einnahmen an die Menschen zurück, und zwar fair aufgeteilt pro Kopf. So kann man mit Klimaschutz Geld verdienen und es findet ein sozialer Ausgleich im System statt. Unterm Strich werden so Geringverdiener\*innen und Familien

entlastet und vor allem Menschen mit hohem Einkommen belastet. Bezieher\*innen von Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe profitieren ebenfalls, da das Energiegeld nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden soll. Um zum Beispiel Pendler\*innen mit niedrigem Einkommen bei der Anpassung zu unterstützen, legen wir einen Fonds für Transformationszuschüsse auf, der mit großzügigen Hilfen unterstützt, etwa beim Umstieg auf ein emissionsfreies Auto.

# Solarenergie - saubere Sache mit Zukunft?

Am 11.05.2021 berichtete der WDR, dass die Sonne mit einer Energie von über 1.000 kWh auf jeden qm Deutschlands scheint. Genutzt werden kann aber nur ein Teil der Sonnenenergie. Und trotzdem produzieren Solarparks günstiger Strom als Kohle- oder Kernkraftwerke. Nachzulesen im aktuellen Bericht der Internationalen Energieagentur (OECD). Solarstrom aus großen Solarparks kostet 4-7 ct/kWh, Strom aus Kohle- oder Gaskraftwerke hingegen bis zu 22ct/kWh. D.h. Solarenergie ist zur billigsten Stromquelle aller Zeiten geworden! Solarpaneele waren vor 20 Jahren rund zwanzigmal teurer als heute und gleichzeitig hört der Strompreis nicht auf zu steigen. Mittlerweile hat er sich verdoppelt.

Der Bundesrechnungshof hat kurz vor Ende der Wahlperiode Wirtschafts- und Energieminister Peter Altmaier (CDU) ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Die Strompreise für Privathaushalte seien

die höchsten in Europa, die Energiepreise teuer und die „Blackout“-Gefahr unterschätzt, kritisieren die Prüfer im Berichtsentwurf zur „Umsetzung der Energiewende.“ Darin schreiben sie: „Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) steuert die Energiepreise im Hinblick auf die gesetzlichen Ziele einer sicheren und preisgünstigen Versorgung mit Elektrizität weiterhin unzureichend.“ Angesichts der steigenden Strompreise empfehle man eine grundlegende Reform der staatlichen Abgaben. „Anderenfalls besteht das Risiko, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ... zu verlieren“, schreiben die Fachleute des Rechnungshofs. Die Preise für Großverbraucher der Industrie seien moderat, die für Privathaushalte und kleinere Betriebe lägen aber teils um mehr als 40 Prozent oberhalb des EU-Durchschnitts. Es ist Zeit für eine GRÜNE, d.h. gerechte und zukunftsfähige Energiewende.

# In eigener Sache

Wir sind freitags auf dem „Markt ohne Grenzen“ wieder für Sie da! Immer zwischen 15:00 und 17:00 h finden Sie uns zwischen den Marktständen mit unserem grünen Sonnenschirm oder dem schönen neuen Pavillon, bereit um mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Sorgen, Nöte, Anregungen – was auch immer Sie der Politik schon immer sagen wollten – hier haben Sie die Gelegenheit. Wir freuen uns auf Sie!





Europa zeigte sich ausgerechnet mit Ursula von der Leyen visionär, die am 22. Oktober 2020 am Ende der Europäischen Grünen Woche verkündete: „The European Green Deal is our vision and roadmap for making Europe the first climate-neutral continent by 2050.“ (der Europäische Grüne Deal ist unsere Vision und unser Fahrplan, um Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen) Haben die Mitgliedstaaten sie nicht verstanden?

Die Europawahl 2019 war die erste Klimawahl überhaupt. Millionen Menschen gingen für das Klima auf die Straße, Millionen folgten auf dem online Kanal YouTube dem deutschen Künstler Rezo und seinem Video „Die Zerstörung der CDU“. Danach folgten Versprechungen seitens der Politiker\*innen vor allem an die junge Generation, und jetzt muss geliefert werden. Doch was als Scheinriese am europäischen Horizont auftauchte, versinkt in der Nähe im Sand. Die vorläufige Einigung vom 20.04.21 auf ein europäisches Klimagesetz ist ein Schlag ins Gesicht der nächsten Generation. „Die EU-Staaten, allen voran die deutsche Bundesregierung, blockieren jedes einzelne Vorhaben des Green Deals und schwächen die großen Ambitionen bis zur Unkenntlichkeit ab“, heißt es im April in dem Petitionsaufruf unserer Grünen Europaabgeordneten Sven Giegold und Michael Bloss, beide MdEP, auf der online Plattform change.org.

## Dumm bleibt, wer nicht fragt

Während der laufenden Legislaturperiode richteten die Bundestagsparlamentarier\*innen mit ihrer Wissbegierde mehr als 10.000 Kleine Anfragen an die Bundesregierung. Das sind mehr als in den letzten beiden Wahlperioden zusammen. Mit 3.286 Fragen führt die FDP im Ranking. Bei den mündlichen Anfragen wurden in dieser Wahlperiode 4.599mal gefragt, am häufigsten von den Grünen (2.160 mal), außerdem ist jeder Abge-

## 28. April 2021 – Karlsruher Urteil Weitergehen, wenn andere stehenbleiben

- Die EU-Landwirtschaftspolitik verplante weitere 400 Milliarden Euro, die dem Klima noch mehr schaden.

- Bei der EU-Regelung für nachhaltige Finanzprodukte sollen fossiles Erdgas und Atomkraft als nachhaltige Investitionen beworben werden.

- Bei der Reduktion des Treibhausgases CO<sub>2</sub> kommen statt der vom EU-Parlament geforderten 60% Reduktion nur 52,8% heraus. Sozialdemokraten und Liberale scherten aus der progressiven Klimaallianz aus und unterstützten die Deals der Christdemokraten, der EU-Mitgliedstaaten und der EU-Kommission.

Unsere Grünen Parlamentarier in allen europäischen Parlamenten sind sich mit der Wissenschaft einig, dass damit eine 1,5 Grad Klimapolitik, wie sie im Pariser Abkommen von 2015 gefordert wird, nicht machbar ist.

Das sieht auch das Bundesverfassungs-

gericht Karlsruhe so. Seit dem 29. April 2021 gilt der höchstgerichtliche Spruch. Das deutsche Klimagesetz reicht nicht und verletzt die Grundrechte der nachfolgenden Generation.

ordnete berechtigt, bis zu 4 Fragen im Monat zur schriftlichen Beantwortung an die Regierung zu stellen. In dieser Legislatur waren das bislang 21.640, davon 7.099 von den Grünen. Fragen sind Behördenerziehung, damit nehmen Parlamentarier\*innen ihre systemrelevante Kontrollfunktion wahr. Das parlamentarische Frage- und Informationsrecht ist im Grundgesetz verankert und wurde durch das Bundesverfassungsgericht immer wieder bestätigt.

Das nervt natürlich diejenigen, die diese Fragen beantworten müssen. Beamte und Beamtinnen, die das niemals so öffentlich sagen dürfen, fühlen sich erschlagen, überfordert und zugemüllt.

Warum erzählen wir das? Weil der Brüggener Gemeinderat genauso wie im Bun-

destag keine Ausnahme bildet! Auch dort nerven die Ortsgrünen mit ihren Fragen in Rat und Verwaltung. Der Bürgermeister und seine Mitarbeiter in der Verwaltung stöhnen. Die Zeit für die Beantwortung der Fragen fehlt woanders, sagen sie. Aber Mandatsträger:innen müssen fragen. Es zu unterlassen wäre fahrlässig. Fragen zu stellen hat nichts mit Misstrauen zu tun, sondern mit Verständnis. Denn Entscheidungen im Rat sollen nach bestem Wissen und Gewissen getroffen werden. Hierzu haben sich alle Vertreter:innen im Rat verpflichtet. Es ist eine Frage von Transparenz und Verantwortungsbewusstsein.

**Und was hat das mit Brüggen Bracht und Born zu tun? Europa, Bundesregierung, dafür sind wir doch gar nicht zuständig. Diese junge Generation lebt mitten unter uns, wir können nicht so tun, als hätten wir von nichts gewusst.**

**Es waren die Brüggener Ortsgrünen, die mit runderneuertem Team im Sommer 2020 für den Erhalt eines besseren Klimas und z.B. für den Erhalt des Silberhornbaums auf dem Kreuzherrenplatz monatelang Unterschriften sammelten. Bis jetzt mit Erfolg! Das im Brüggener Trinkwasser mehrfach die Nickelwerte als Folge der Nitratauswaschung in den Böden erhöht waren, hat ein Brüggener BÜNDNIS90/DIEGRÜNEN Mitglied angemahnt und mehr Transparenz gefordert. Wir haben in den Ausgaben des Grünen Blatts 11 und 12 ausführlich darüber berichtet. Die Brüggener GRÜNEN waren diejenige Ratsfraktion, die im diesjährigen Ausschuss für Bauen, Infrastruktur und Klimaschutz geschlossen dagegen stimmte, dass am oberen Deichweg wertvolle Niedermoorfläche aufgebrochen wird, um Einfamilienhäuser zu bauen, obwohl hierdurch tonnenweise CO<sub>2</sub> freigesetzt wird.**

# Wettbewerb des Brügger Ortsverbandes BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

## Balkone, Gärten und Vorgärten – naturnah und artenreich

Bäume wurden und werden entfernt, Schottergärten sind im Vormarsch und viele Ideen aus Projekten mit zeit- und kostenintensiven Bürgerbeteiligungen, wie z.B. dem Brachter Dorffinnenentwicklungsplan sind, was die Dorfökologie angeht, nicht einmal annähernd umgesetzt. Dieser Trend ist nicht nur in Brüggem zu beobachten. Die Folgen sind alarmierend. Man schätzt, dass in unseren heimischen Breitengraden über 7.000 Tierarten wie z. B. Kiebitz oder Feldhase vom Aussterben bedroht sind. Tendenz steigend!

**Die Gartenbesitzerin Ingeborg Oest-Bahr aus Boerholz plädiert für einen unaufgeräumten Garten. In ihrem Garten finden mittlerweile Vogelarten Nist- und Brutstellen, die wir inzwischen in den Ortskernen vergeblich suchen. Während des letzten Frühlings hat Ingeborg Oest-Bahr in ihrem Garten ihre gefiederten Gartenbewohner fotografiert. Den Piepmätzen schmeckt inzwischen auch der Buchsbaumzünsler, so dass in diesem unaufgeräumten Garten irgendwie doch Ordnung herrscht. Wir bedanken uns bei Frau Oest-Bahr für die anregenden Fotos aus Ihrem Garten. Sie haben uns inspi-**

**riert, einen Gartenwettbewerb auszurichten.**

**Schicken Sie uns Ihre schönsten Gartenbilder aus diesem Sommer bis Erntedank, dem 03.Oktober 2021.** Wenn Sie

keinen Garten haben, aber einen liebevoll hergerichteten Vorgarten oder einen selbstangelegten blumenreichen Balkon in einem Mehrfamilienhaus. Auch auf diese Bilder würden wir uns freuen. Gerne auch mit einer kleinen Geschichte, wie es zu diesem Garten oder zu der einen oder anderen Idee gekommen ist. Miteinander vergleichbar sind Garten, Vorgarten und Balkone natürlich nicht. Deshalb wollen wir den Wettbewerb in diese drei Kategorien unterteilen. Zu gewinnen gibt es auch etwas. Wir prämiieren die schönsten Bilder und laden die Fotografen auf unsere Kosten jeweils zu einem Frühstück für zwei Personen ins Hoch3, Brüggem.



Garten und Gartenfoto: M. Uebbing

Mitmachen dürfen unsere Parteimitglieder nicht und auch der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Zu unserer Jury, die Ihre Einsendungen bewerten werden, gehören Gaby Tröger, Anna Freier und Nicole Kowarsch. Zusätzlich hoffen wir, dass wir auch Frau Oest-Bahr als „externe Fachfrau“ für diese Aufgabe gewinnen können.



**Einsendungen bitte per Mail an [u.deppen@gruenebrueggen.de](mailto:u.deppen@gruenebrueggen.de) oder per Post an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN c/o Ulrich Deppen, von-Schaesberg-Weg 27, 41379 Brüggem.**



Fotos Vögel: Ingeborg Oest-Bahr

Angesichts der Corona-Krise wird die öffentliche Haushaltslage in den kommenden Jahren sehr angespannt sein. Ziel ist, dass alle einen fairen Beitrag leisten. Heute aber tragen die obersten 10 Prozent der Einkommen über Steuern und Abgaben relativ weniger bei als die mittleren und kleinen Einkommen. Zu alarmierenden Ergebnissen zur weiter auseinanderklaffenden Einkommensverteilung in Deutschland kommt auch der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaft, Prof. Marcel Fratzscher. Er beschreibt in dem YouTube Video vom 09. Januar 2020, in welchen Taschen sich Vermögen in Deutschland ansammelt. (<https://www.youtube.com/watch?v=ll3Qh43c-84>) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine neue Form der Gerechtigkeit:

- Der Grundfreibetrag der Einkommensteuer wird erhöht, um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten. Aktuell beträgt der Grundfreibetrag 9744 € im Jahr.
- Im Gegenzug wollen wir den Spitzensteuersatz moderat anheben. Der liegt aktuell bei 42% und wird bereits bei einem Jahreseinkommen ab 57.919 fällig. Ab einem Einkommen von 100.000 Euro für Alleinstehende und 200.000 Euro für Paare werden wir eine neue Stufe mit einem Steuersatz von 45 Prozent einführen. Ab einem Einkommen von 250.000 bzw. 500.000 Euro folgt eine weitere Stufe mit einem Spitzensteuersatz von 48 Prozent. Aber niemand mit einem Einkommen ab 100.000 Euro zahlt zum jetzigen Zeitpunkt den Spitzensteuersatz von 42%. Menschen in dieser Einkommenskategorie investieren

## Das Geld ist da. Für mehr Steuer- gerechtigkeit!

in Aktien, Immobilien, Edelmetalle u.a. Die Abgeltungssteuer auf Aktien, Zinsen, Dividenden beträgt aktuell 25 % und ist weit entfernt vom Spitzensteuersatz. Wenn Immobilieninvestoren ihre vermieteten Immobilien 10 Jahre nach Erwerb mit Gewinn verkaufen, zahlen sie keinen einzigen Cent Steuern, und wenn sie Gold als Barren oder Münzen erworben haben und die mit Gewinn verkaufen, fällt ebenfalls kein Cent Steuern an.

### Es kann doch nicht sein, dass Arbeit in Deutschland höher besteuert wird als Kapitalerträge!

- Die Abgeltungssteuer für Kapitalerträge schaffen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab und besteuern diese Einkommen wieder progressiv. Damit zahlen diejenigen mit hohen Zinseinkommen und Spekulationsgewinnen höhere Steuern, Aktienkleinanleger\*innen werden entlastet.
- Mit der immer stärker steigenden Ungleichheit finden wir uns nicht ab, sondern wollen große Vermögen nach der Corona-Krise wieder besteuern. Dafür gibt es verschiedene Instrumente. Die Einführung einer neuen Vermögenssteuer für die Länder ist unser bevorzugtes Instrument. Die Länder sollten die Einnahmen dieser Steuer für die Finanzierung der wachsenden Bil-

dungsaufgaben einsetzen.

- Die Vermögenssteuer sollte für Vermögen oberhalb von 2 Millionen Euro pro Person gelten und jährlich 1 Prozent betragen. Begünstigungen für Betriebsvermögen werden wir im verfassungsrechtlich erlaubten und wirtschaftlich gebotenen Umfang einführen. Dabei streben

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Lösungen an, die zusätzliche Anreize für Investitionen schaffen und die besondere Rolle und Verantwortung von mittelständischen und Familienunternehmen berücksichtigen.

Die Umsetzung dieser Grünen Forderungen hat eine unmittelbare Auswirkung auf die Menschen, auch in Brüggen, Bracht und Born. Unter den Spitzenverdienern, die dem grünen Lager nicht grundsätzlich zuzurechnen sind, gibt es mittlerweile deutschlandweit Stimmen, die für eine sozial gerechtere Besteuerung plädieren und legale Steuervermeidung für Besserverdienende als Unrecht empfinden, während die kleinen und mittleren Einkommen ab 9.744 Euro im Jahr zur Kasse gebeten werden. Das ist beschämend! Aber diese Gesetze werden in Berlin geschrieben.



## GRÜNE Digitalisierung

Ob vernetzte Fahrzeuge, effiziente Industrie, punktgenaue Verteilung regenerativer Energie oder intelligente Bewässerung auf Feldern: Mit digitalen und datengetriebenen Innovationen können wir den Energie- und Ressourcenverbrauch besser reduzieren und bei Zukunftstechnologien führend werden.

Hierzu fördern und priorisieren wir digitale Anwendungen und Lösungen, die einen Beitrag zur Ressourcenschonung leisten oder nachhaltiger sind als analoge. Rebound-Effekte gilt es zu vermeiden. Bei IT-Beschaffungen des Bundes, der Länder und auch bei uns im Kreis Viersen

und der Burggemeinde Brüggen müssen Faktoren wie Herstellerabhängigkeit, Folgebeschaffung, technische Offenheit, Reparaturfähigkeit und Nachhaltigkeit zwingend in die Bewertungen einfließen. Zertifizierungen wie der Blaue Engel für IT-Produkte müssen zum Standard werden.

# Politik kann alles

## Das Geld ist da 2.0

Es wird seit Jahren darüber geredet, die Geringverdiener und den Mittelstand entlasten zu wollen und Kommunen und ländliche Gebiete zu stärken, aber was ist seitdem passiert? Reförmchen und ein bisschen Kosmetik. Die großen Stellschrauben sind nach wie vor unberührt der Öffentlichkeit verborgen. In den Kommunen fehlt Geld für den Ausbau der Infrastruktur. Schwimmbäder werden geschlossen. Weiterhin werden zu wenig bezahlbare Wohnungen gebaut. An der Brüggener Gesamtschule und an anderen Schulen waren während der Corona Krise viel zu wenig digitale Endgeräte wie Tablets und PCs mit einem großen Display vorhanden. Auch in vielen Familien standen diese Geräte nicht zur Verfügung. Der Unterricht musste über Handydisplays mit den bekannten Folgen für unsere Kinder abgewickelt werden. Das wurde uns von Lehrer\*innen berichtet, die an der löchrigsten digitalen Front mit WhatsApp und zwei Handys gleichzeitig seit vielen Monaten unterrichtet haben.

## Uns reicht's! Das fordern wir:

- Stärkung der Steuerverwaltung
- Einrichtung einer Spezialeinheit auf Bundesebene
- mehr Mittel zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung insbesondere bei Großkonzernen
- Verbot der Vermeidung der Grunderwerbssteuer durch Share Deals (das sind Käufe bei Immobiliengesellschaften bis zu einer Höhe von maximal 94,9% des Immobilienwerts, z.B. bei Anteilen an Immobilienfonds). Denn warum soll nur der private Immobilienkäufer für sein Eigenheim Grunderwerbssteuer in Höhe von 6,5 % zahlen, den Großinvestoren bieten sich aber Möglichkeiten, davon frei zu bleiben?
- Steuerraub durch Cum ex und Cum cum ex Geschäfte werden beendet  
Dort wurden den Anlegern Kapitalertragssteuern erstattet, die sie zuvor nie gezahlt hatten. Bei diesem besonders intelligent umgesetzten, aggressiven Steuerbetrug haben fast alle Banken mit-

gespielt. Nur die Privatbank Warburg, Hamburg ließ es auf ein Gerichtsverfahren ankommen – und hat verloren. Die anderen Banken hatten zuvor schon das Geld an uns alle zurückgezahlt. Im Jahr 2016 war der SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz Hamburgs Erster Bürgermeister. Die Hamburger Steuerbehörde verzichtete damals auf eine Steuerrückforderung über 47 Millionen Euro im Zusammenhang mit illegalen Cum-Ex-Geschäften, an der sich auch die Warburg Bank beteiligt hatte. Und in der entscheidenden Phase empfing Scholz als Erster Bürgermeister die Bankeigentümer in seinem Amtszimmer im Rathaus. Am 30. April 2021 hatte der Untersuchungsausschuss getagt, zu dem Scholz geladen war. Er konnte sich aber an dieses Gespräch mit dem Bankhaus nicht mehr erinnern. Inzwischen hat die Warburg Bank die vielen Millionen wegen des Gerichtsurteils zurückgezahlt.

- Einführung einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern und einen Mindeststeuersatz von 25% in Europa
- Steuern sind in dem Land zu entrichten, in dem sie auch erwirtschaftet werden. Amazon, Google, Facebook und Co. erwirtschaften in Deutschland Jahr für Jahr Milliarden Gewinne und zahlen kaum Steuern, weil sich ihr Firmensitz in den USA befindet und deshalb nach US-Recht besteuert wird.

Zugegeben, Politik kann nicht alles. Aber doch sehr viel. Das hat sie während der Pandemie bewiesen. Nur wollen muss sie es!

### Quellen:

1. Alexander Letzsch in: <https://www.private-banking-magazin.de/die-kruex-der-gruenderwerbsteuer-wie-immobilienfonds-den-steuerzahler-hunderte-millionen-euro-kosten/?page=2>
2. [https://cms.gruene.de/uploads/documents/2021\\_Wahlprogrammwurf.pdf](https://cms.gruene.de/uploads/documents/2021_Wahlprogrammwurf.pdf), S. 48/49
3. Annette Großbongardt: Der Mann ohne Erinnerung in: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/olaf-scholz-im-hamburger-untersuchungsausschuss-zum-cum-ex-skandal-der-mann-ohne-erinnerung-a-67e3c242-dab4-4ef4-b110-c9f739302d12>
4. Newsletter der Bürgerbewegung Finanzwende abonnieren <https://www.finanzwende.de/>
5. Newsletter des finanzpolitischen Sprechers der Grünen/EFA im Europaparlament abonnieren <https://civicrm.sven-giegold.de/newsletterdatenansuchen?cid1=>



# Bezahlbaren Wohnraum schaffen

In Brüggen ist bezahlbarer Wohnraum während der letzten 10 Jahre immer knapper geworden. Schaut man in die Immobilienportale, so finden wir seit längerem regelmäßig nur eine Handvoll Wohnungen in Brüggen, deren Kaltmieten zwischen 10 und 12 €/m<sup>2</sup> liegen. Zum Vergleich, die wegen ihrer Mietentwicklung zu Recht ins Gerede gekommene Bundeshauptstadt Berlin. Dort weist der Qualifizierte Mietspiegel genau diese Kaltmieten in A-Lagen wie dem Kurfürstendamm und seinen eleganten Seitenstraßen aus. In der Mommsenstraße 1, direkt am Kudamm, dürfte nach dem Mietspiegel von 2019 aktuell für Wohnraum eine Kaltmiete von 10,60 €/m<sup>2</sup> erhoben werden, wenn es sich um eine Wohnung von 90 und mehr m<sup>2</sup> handelt. Ein maximaler Aufschlag von 10% darauf wegen des angespannten Wohnungsmarktes in Berlin wäre zulässig. Dabei liegen wir immer noch unter 12 €/m<sup>2</sup>. Eine Familie, die eine größere Wohnung benötigt, hätte in Brüggen, Bracht oder

Born eine ähnliche Miethöhe zu erwarten, wie sie in Berlins 1A-Lagen aufgerufen wird!

Mutet das nicht surreal an?

Schauen Sie sich in Brüggen, Bracht und Born um. Wo wurde gebaut? War es zu mieten oder zu kaufen? Wer ist eingezogen? Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen? Sind es die Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderung oder Arbeiter\*innen? Sind die Wohnquartiere durchmischt und ausgewogen? Geht es dort lebendig, bunt und vielfältig zu?

Die Neubauwohnungen in Brüggen sind begehrt und sie werden sicherlich Mieter\*innen finden. Leider ist zu befürchten, dass die Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen in Brüggen außen vor bleiben werden. Aber genau darauf müssen wir unser Augenmerk richten: auf Menschen, die häufig in Altenheimen und Krankenhäusern ihren Dienst tun, die unsere Pakete ausfahren, die vor Ort auch auf den Baustellen die Arbeit leisten, und die nicht das Privileg haben,

vom Homeoffice aus arbeiten zu können. Ihr Einsatz ist nur vor Ort möglich. Aber Mieten, wie beschrieben, werden sie sich nicht leisten können.

An dieser Stelle muss sich Politik einmischen. Wollen wir Solidarität in unserer Gesellschaft noch jemals einklagen können, darf es so nicht bleiben.

Der Brüggener Rat hat die Gemeindeverwaltung mit Nachdruck aufgefordert, Gespräche mit Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften mit dem Ziel zu führen, bezahlbaren Wohnraum in absehbarer Zeit für all diejenigen zu schaffen, die in Brüggen wohnen wollen. Dazu gibt es herausragende Modelle, wie nachhaltig und sozial verträglich gebaut werden kann, ohne „Ottonormalverbraucher“ mit dem Mietzins zu überfordern. Bleibt zu hoffen, dass unsere Kommunalpolitiker und die Gemeindeverwaltung den Auftrag auch so verstanden haben.

Für uns ist es selbstverständlich.



## Lieferkettengesetz – Im Mittelpunkt steht der Mensch

Das Thema ist nichts für schwache Nerven. Wer die Dokumentation „Europas dreckige Ernte“, die auf etlichen TV-Kanälen ausgestrahlt wurde und auf YouTube verfügbar ist, gesehen hat, hat Mitleid mit den Arbeitenden und den Landwirten, denen die Handelsriesen einen Hungerlohn zahlen, damit wir die grotesk billigen Feldfrüchte aus Italien und Spanien im Discounter und Supermarkt kaufen können. Was für Europa gilt, gilt auch für die Welt. Bohnen haben eine Reise aus Afrika hinter sich, Zuckerschoten reisen über den Atlantik, und wir erwerben einen gut gefüllten Beutel von 200, bzw. 400 Gramm für 2,49 Euro. Wie soll das funktionieren? Wir sind es jedenfalls nicht, die draufzahlen.

Ein Lieferkettengesetz muss auch für Elektrofahrzeuge gelten, für deren Akkus Lithium und Kobalt in Lateinamerika und Afrika umweltschädlich und menschenverachtend abgebaut werden. Raubbau an der Natur und am Menschen in einem Teil der Welt, damit im anderen Teil der

Welt emissionsfrei gefahren werden kann, ist das Gegenteil von Grüner Politik. Wir sind nur eine Welt, und im Mittelpunkt steht der Mensch, der Mensch und der Mensch.

Dazu heißt es im Wahlprogrammwurf zur Bundestagswahl 2021 von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN auf Seite 43 „Viel zu oft kaufen wir Dinge, deren Herstellung auf den Raubbau von Mensch und Natur basiert, obwohl wir das gar nicht wollen. Damit Unternehmen künftig Umwelt- und Sozialstandards sowie Menschenrechte entlang der gesamten internationalen Produktions- und Lieferkette durchsetzen, braucht es ein verbindliches und wirksames Lieferkettengesetz auf nationaler wie europäischer Ebene. Kern einer solchen Regelung stellt eine zivilrechtliche Haftung dar, auf deren Grundlage Unternehmen im Schadensfall zur Verantwortung gezogen werden können. Zugleich ermöglicht ein verbindlicher Rahmen gleiche Wettbewerbsbedingungen am Markt und



schaft Rechtssicherheit. Auf EU-Ebene werden wir uns zudem für einen Importstopp für Agrarprodukte einsetzen, die im Zusammenhang mit illegaler Entwaldung und Menschenrechtsverletzungen wie Vertreibung stehen. Weltweit wird Wald, insbesondere so wichtiger Tropen-, Ur- und Mangrovenwald, mit fortschreitender Geschwindigkeit abgeholzt und abgebrannt – auch für den Anbau von Soja und Palmöl oder zur Produktion von Leder, das in die EU importiert werden. Die EU-Holzhandelsverordnung wollen wir stärken und Strategien zur Reduktion von Palmöl und Soja in Deutschland voranbringen. Zur Kompensation gerodeter Wälder fördern wir hier und weltweit Wiederbewaldung und Renaturierung ohne Monokulturen.“

# Heimaträtsel

Heute spielt, um im Bild zu bleiben, ein Wirtschaftszweig in unserem Heimaträtsel eine tragende Rolle, der in der Coronapandemie sehr gelitten hat – unsere Gastronomie und die unserer Nachbargemeinde in den Niederlanden.

**Erraten Sie anhand der Bilder, um welche Gaststätte es sich handelt. Tragen Sie den Namen in die Felder ein und denken Sie daran, dass die Umlaute wie z. B. „ä“ und „ü“ mit „a e“ oder „u e“ umschrieben sind.**

Die Buchstaben in den Feldern mit einer Nummer sind in die entsprechenden Felder für den Lösungssatz einzusetzen. In diesem Fall ist der Lösungssatz etwas umfangreicher als gewohnt. Das liegt u. a. auch daran, dass wir in unserer näheren Umgebung eine Vielzahl von Gaststätten, Restaurants und Schnellimbisse haben. Und dennoch konnten wir nicht alle Gasthäuser in unserem Rätsel verarbeiten. Auch lange Lösungswörter kommen irgendwann einmal zu einem Ende. Aber einen Besuch sind es auch die Häuser wert, die wir hier nicht berücksichtigen konnten!

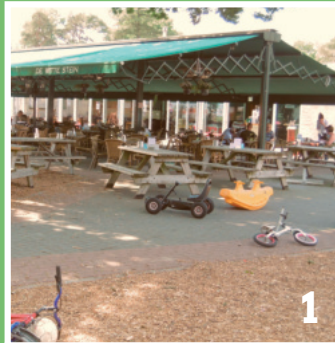
**Den Lösungssatz senden Sie per E-Mail an [u.deppen@gruenebrueggen.de](mailto:u.deppen@gruenebrueggen.de) oder per Postkarte an Grüne Brüggen, c/o Ulrich Deppen, von-Schaesberg-Weg 27, 41379 Brüggen.**

Teilnehmen dürfen alle, die nicht dem Grünen Ortsverband Brüggen angehören.

**Der Gewinner, bzw. die Gewinnerin darf sich auf unsere Kosten auf ein Frühstück für zwei Personen im Hoch3, Brüggen, Hochstraße 3 freuen.**

Anspruch auf Auszahlung des Gewinns besteht nicht. Bei mehreren richtigen Einsendungen entscheidet das Los. Die Gewinnerin / der Gewinner wird von uns schriftlich benachrichtigt.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Datenschutz: Alle Daten der Teilnehmer/innen, die nicht gewonnen haben, werden nach der Ermittlung der Gewinnerin/des Gewinners gelöscht und nicht anderweitig verwendet.





1             
 2          
 3               
 4                 
 5                
 6               
 7                 
 8      -         
 9                =      
 10                 
 11           (ehemals)  
 12                 
 13                
 14                 
 15                
 16                 
 17

# Lösungssatz:

6	4	5	3	8	12	15	10	
1	16	7	17	9	14	13	11	2

Am 26. September 2021  
GRÜN wählen!



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Brüggen**